I. Einleitung

Die anstehende Erweiterung der Europäischen Union (EU) stellt die wohl größte Herausforderung in der Geschichte der europäischen Einigung dar. Neben den gegenwärtig fünfzehn Mitgliedstaaten werden in absehbarer Zukunft dreizehn weitere Länder zum Kreis der Union gehören: die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Slowakei, die Balkanstaaten Bulgarien, Rumänien und Ungarn sowie die Alpenrepublik Slowenien, die Mittelmeerinseln Malta und Zypern und schließlich die Türkei.

Grundvoraussetzung für den Beitritt ist die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien (1993); diese verlangen von den Kandidaten *erstens* eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung sowie für die Wahrung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten, *zweitens* das Bestehen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und *drittens* die Verpflichtung zur Einhaltung der Ziele und Übernahme des Besitzstandes der Europäischen Union (vgl. Kreile 1999: 805f).

Integraler Bestandteil dieses Besitzstandes (*acquis communautaire*) ist die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, zu der sich die EU im Vertrag von Amsterdam (1997) verpflichtet hat. Die Beitrittsländer müssen somit zum einen die zehn, vom Rat der EU bislang verabschiedeten gleichstellungspolitischen Richtlinien übernehmen und umsetzen sowie zugleich institutionelle und administrative Strukturen aufbauen, die eine tatsächliche Anwendung und Durchsetzung der Gleichstellungsrechte ermöglichen. Ohne Chancengleichheit werde es keinen Beitritt geben, das haben nicht zuletzt das Europäische Parlament wie die Kommission mehrfach bekräftigt (vgl. Europäische Kommission 2002: 21f.; 1999: 20).

Angesichts der Tatsache, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft wie Politik selbst in den Demokratien der EU-Mitglieder noch längst nicht verwirklicht ist, erscheint es allerdings überaus fraglich, inwiefern die Beitrittskandidaten dieses elementare Kriterium tatsächlich erfüllen können. Fasst man allein den Bereich der Politik ins Auge, dann ist die weibliche Bevölkerung in den Kandidatenländern von einer gleichberechtigten politischen Teilnahme wie Teilhabe noch weit entfernt. Besonders enttäu-

schend fällt die Bilanz für die Länder Ost- und Ostmitteleuropas (OME-Staaten) aus. Mehr als zehn Jahre nach dem politischen Umbruch sind Frauen in diesen Transformationsgesellschaften weiterhin nur marginal in den Parteien, Parlamenten und Regierungen repräsentiert. Im Gegensatz zur herkömmlichen Transformationsforschung können die postkommunistischen Gesellschaften somit aus der Geschlechterperspektive heraus betrachtet keineswegs als „konsolidierte" Demokratien gelten; vielmehr ist der Demokratisierungsprozess noch längst nicht abgeschlossen (vgl. Ismayr 2002; Merkel 1999; Linz/Stepan 1996).[1]

Wo liegen die Gründe für diesen weitgehenden Ausschluss der Frauen vom politischen Entscheidungsprozess? Welchen Einfluss haben institutionelle und sozialstrukturelle Faktoren sowie nicht zuletzt die politische Kultur auf die politischen Partizipationschancen der Staatsbürgerinnen? Welches Gewicht ist dem vergangenen Realsozialismus beizumessen? Und wie sind die zukünftigen Perspektiven für eine gleichberechtigte politische Beteiligung von Frauen in den Beitrittsstaaten einzuschätzen? Diesen zentralen Fragen soll in dem vorliegenden Band anhand der jeweiligen Länderstudien detailliert nachgegangen werden. Ein explizit vergleichendes Kapitel arbeitet abschließend die Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den Kandidatenländern systematisch heraus und analysiert die aktuelle wie zukünftige Rolle der Europäischen Union bei der weiter gehenden Demokratisierung.

Mit dieser Themenstellung soll ein offenkundiges Forschungsdefizit – zumindest teilweise – behoben werden, denn die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die institutionelle politische Beteiligung von Frauen insbesondere in den Beitrittsländern sind nach wie vor lückenhaft. Zwar gibt es durchaus länderbezogene Einzelfallstudien, aber eine systematische Gesamtdarstellung als notwendige Grundlage für einen internationalen Vergleich wurde bislang nicht erarbeitet (Lemke 1996: 17).

Auf der Folie einer knappen Darstellung des derzeitigen Forschungsstandes zur politischen Partizipation bzw. Repräsentation von Frauen, und zwar in den EU-Mitglied- wie den osteuropäischen Beitrittsstaaten, soll somit das „partizipatorische Dunkel" erhellt werden. Dass die bisherigen Erkenntnisse zudem nahezu ausschließlich der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung zu verdanken sind, wirft ein bezeichnendes Licht auf den male-stream der Demokratietheorie/-forschung, für den der *gender gap* in der

1 So stellt Ismayr beispielsweise fest: „Den baltischen Staaten sowie den ostmitteleuropäischen Ländern Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und mittlerweile auch der Slowakei wird attestiert, dass sie auf dem Weg der demokratischen (und ökonomischen) Konsolidierung fortgeschritten sind, was Rückschläge allerdings nicht ausschließt" (2002:61). Und nach Dieringer kann Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik „der Status einer konsolidierten Demokratie bereits heute zugeschrieben werden." (2000:125). – Zur feministischen Kritik an der herkömmlichen Transformationsforschung siehe u.a. Sauer 1997.

Politik noch immer allenfalls ein Randproblem darstellt (Holland-Cunz 1998: 182f).

1. Stand der feministischen Partizipationsforschung: Die EU-Mitgliedstaaten im Vergleich

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Forderung nach der Verwirklichung des demokratischen Prinzips einer gleichberechtigten Teilnahme wie Teilhabe von Frauen am politischen Entscheidungsprozess keineswegs obsolet geworden. Die empirische Realität zeigt vielmehr, dass die politischen Institutionen der westlichen Demokratien nach wie vor – und mit nur wenigen Ausnahmen – von Männern dominiert werden. Derzeit beträgt die durchschnittliche Repräsentanz von Frauen in den Nationalparlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union lediglich etwas mehr als ein Fünftel (22,4%) und liegt damit nur um magere sechs Prozentpunkte höher als noch vor zehn Jahren. Im Unterschied dazu fällt die Regierungsbeteiligung von Frauen mit knapp einem Viertel (24,2%) ein wenig besser aus (vgl. Tabelle 1 und 2).

Tabelle 1: Frauen in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten

Rang	Land/ Wahljahr	Abgeordnete insgesamt/Frauen	Frauenanteil in %
1.	Schweden (2002)	349/157	45,0
2.	Dänemark (2001)	179/68	38,0
3.	Finnland (1999)	200/73	36,5
4.	Niederlande (2002)	150/51	34,0
5.	Deutschland (2002)	603/194	32,3
6.	Spanien (2000)	350/99	28,3
7.	Österreich (1999)	150/38	27,9
8.	Belgien (1999)	150/35	23,3
9.	Portugal (2002)	230/44	19,1
10.	Großbritannien (2001)	659/118	17,9
11.	Luxemburg (1999)	60/10	16,7
12.	Irland (2002)	166/22	13,3
13.	Frankreich (2002)	577/70	12,1
14.	Italien (2001)	630/62	9,8
15.	Griechenland (2000)	300/26	8,7
	Gesamt	4753/1067	22,4

Quelle: Zusammengestellt anhand der Daten der Interparlamentarischen Union (IPU)

Gleichwohl zeigt der zwischenstaatliche Vergleich zum Teil beträchtliche Abweichungen von diesen Durchschnittswerten und bestätigt das bekannte Nord-Süd-Gefälle. Insbesondere in den nordischen Staaten, aber auch in ei-

nigen mitteleuropäischen Staaten sind Frauen deutlich besser in der Politik repräsentiert als in den südeuropäischen Ländern. Aktuell reicht die Spanne der jeweiligen Frauenanteile in den Nationalparlamenten von knapp 9 (Griechenland) bis zu 45 Prozent (Schweden), in den Regierungen von rund 10 (Portugal) bis zu 50 Prozent (Schweden).

Tabelle 2: Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten*

Rang	Land	Frauenanteil in %
1.	Schweden	50,0
2.	Deutschland	43,6
3.	Dänemark	42,9
4.	Finnland	38,9
5.	Großbritannien	32,9
6.	Österreich	31,3
7.	Niederlande	31,0
8.	Frankreich	29,4
9.	Luxemburg	28,6
10.	Belgien	23,5
11.	Irland	21,9
12.	Spanien	17,6
13.	Italien	14,1
14.	Griechenland	12,5
15.	Portugal	9,8

* Stand: 2002; einschließlich „junior ministers"
Quelle: Zusammengestellt anhand der europäischen Datenbank des Frauen-Computer-Zentrums Berlin

Die Frage nach den Gründen für diesen höchst unterschiedlichen Stand der politischen Gleichstellung von Frauen ist aus wissenschaftlicher Sicht zwar noch nicht erschöpfend beantwortet worden, dennoch liegen einige wichtige Forschungsergebnisse vor.[2] Generell ist es das Verdienst der feministischen (Partizipations-)Forschung, das Geschlecht als ein Grundprinzip gesellschaftlicher Organisation – und damit als Strukturkategorie – zu begreifen; somit konstituiert „gender" nicht länger eine unabhängige Variable im Erklärungsmodell für politische Partizipation, vielmehr öffnet sich der Blick für die besonderen Determinanten des geschlechtsspezifischen Partizipationsverhaltens. Politische Partizipation, das heißt, all jene Verhaltensweisen, die Bürger/Bürgerinnen „allein oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben" (Kaase 1992:146), ist demnach im Wesentlichen abhängig von kulturellen, sozialstrukturellen sowie institutionellen Faktoren, die wiederum untereinander in einem komplexen Wirkungszusammenhang stehen.[3]

2 Für einen Überblick zum Forschungsstand siehe Fuchs 2000: 254-268. Zur vergleichenden Darstellung siehe z.B. Hoecker 1998 sowie Bergqvist u.a. 1999.

Politische Kultur

Die politische Kultur eines Landes stellt einen zentralen Einflussfaktor auf die politische Partizipation von Frauen dar. Nach der klassischen Definition von Almond und Verba (1963) umfasst sie als subjektive Dimension die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder eine Nation, die im Rahmen des politischen Sozialisationsprozesses geprägt und übermittelt werden. Gesellschaftliche Orientierungen gegenüber der politischen Rolle von Frauen sowie die damit verbundenen Einstellungen zur weiblichen politischen Partizipation sind somit eingebettet in die politische Kultur und variieren je nach Kulturgefüge.

Die Annahme, dass für Länder mit eher traditionellen Wertvorstellungen auch eine nur geringe parlamentarische Vertretung typisch ist, während dagegen Staaten mit einer eher *egalitären* Kultur eine vergleichsweise hohe parlamentarische Repräsentanz von Frauen aufweisen, kann als weit gehend bestätigt gelten. Wie der zwischenstaatliche Ländervergleich belegt, zeichnen sich insbesondere die nordischen Staaten durch eine egalitäre politische Kultur aus, die Frauen den Weg in die Politik und hier in verantwortliche Entscheidungspositionen geebnet hat. Allein die nordischen Staaten – mit Ausnahme des nicht zur EU gehörenden Landes Norwegen – haben zudem Männern und Frauen *zeitgleich* die staatsbürgerlichen Rechte gegeben; die politische Sphäre konnte sich in diesen Staaten somit von Anfang an nicht als eine rein männliche Domäne ausbilden. Dass die nordische „Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit" (Stephen R. Graubard) so ausgeprägt ist, dürfte nicht zuletzt auch mit dem nahezu völlig fehlenden – und in der Regel emanzipationsfeindlichen – Einfluss der katholischen Kirche zusammenhängen, denn die nordischen Staaten sind zu weit über 90 Prozent protestantisch.

Während die politische Kultur in den Niederlanden wie auch in Deutschland zunehmend auch egalitäre Züge trägt, lässt sich die politische Kultur der übrigen EU-Staaten dagegen als nach wie vor eher patriarchalisch charakterisieren, wobei insbesondere Luxemburg, Portugal, Griechenland sowie Belgien durch überdurchschnittlich traditionelle Einstellungen gegenüber Frauen in der Politik auffallen.

3 Ausführlich zu den Determinanten siehe insbesondere Norris 1993: 309ff sowie Hoecker 1995:28ff.

Sozialstrukturelle Faktoren

Als weitere wichtige Einflussgrößen der politischen Partizipation gelten individuelle Voraussetzungen aus dem sozialstrukturellen Bereich, und zwar insbesondere Bildung und Berufstätigkeit sowie die persönliche Lebenssituation. Nach dem von Verba und Nie bereits in den 70er Jahren entwickelten und bis heute gültigen „Standardmodell" der politischen Beteiligung besteht zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und politischer Partizipation eine positive Korrelation; das heißt: je höher der Bildungsstand, je qualifizierter der Beruf und je höher das Einkommen, um so größer ist die Chance für ein politisches Engagement (Verba/Nie 1972).

Wie Untersuchungen für die europäische Ebene belegen, verringern sich mit steigendem Bildungsniveau die Unterschiede in den Interessen von Männern und Frauen an institutionalisierter Politik merklich (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1991); gleichzeitig erhöht sich auch die subjektiv wahrgenommene politische Kompetenz. Diese Entwicklung ist insofern bedeutsam, als überall in Europa junge Frauen zunehmend qualifizierte Bildungsabschlüsse anstreben, wobei allerdings in einigen südeuropäischen Ländern diese Tendenz (noch) nicht ganz so ausgeprägt ist.

Berücksichtigt man auch die Variable Berufstätigkeit, dann bestätigt sich für die europäischen Staaten gleichfalls der bekannte Sachverhalt, dass durch Erwerbstätigkeit das Interesse an Politik bei Männern wie Frauen zunimmt (ebd.: 19). Aber auch die parlamentarische Repräsentanz von Frauen steht in einem positiven Zusammenhang zum Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit. Die mit Blick auf die parlamentarische Vertretung führenden EU-Staaten – also vorrangig die nordischen Staaten – weisen *durchgängig* eine hohe Frauenerwerbsquote auf, während für die Länder mit einer mittleren bzw. niedrigen Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten in der Regel auch nur eine mittlere/niedrige Frauenerwerbsquote typisch ist.[4] Gleichwohl gibt es Gegenbeispiele, und erst weitere und differenzierte Untersuchungen zur Erwerbssituation von Frauen in Europa, die auch das jeweilige Lohnniveau sowie die Beschäftigungsstruktur mit einbeziehen, werden hier zu gesicherten Erkenntnissen führen.

Dennoch steht eines fest: Außerfamiliäre Aktivitäten von Frauen setzen soziale Einrichtungen voraus, die ihnen ein berufliches wie politisches Engagement überhaupt ermöglichen. Denn europaweit sind nach wie vor in erster Linie Frauen für Familie und Kindererziehung zuständig. Während die nordischen Staaten ein entsprechendes Angebot – insbesondere zur Betreuung von kleinen Kindern – weitgehend geschaffen haben, besteht in den meisten anderen europäischen Ländern (und nicht zuletzt in Deutschland) hier noch erheblicher Nachholbedarf.

4 Aktuelle Daten zur Beschäftigungssituation von Frauen in den EU-Staaten finden sich in: Europäische Kommission 2002:13ff; siehe hierzu auch den Beitrag von Pfarr 2002:32ff.

Institutionelle Faktoren

Nicht nur kulturelle und sozialstrukturelle Faktoren beeinflussen die politische Partizipation von Frauen, vielmehr spielen auch institutionelle Gegebenheiten eine wichtige Rolle. Hierzu zählen neben der Struktur des Parteiensystems insbesondere die politischen Rekrutierungsmuster sowie das Wahlsystem. Wie zahlreiche Studien zwischenzeitlich belegen, begünstigen Verhältniswahlsysteme die Kandidaturen von Frauen, während Mehrheitswahlsysteme diese eher erschweren (Rule/Zimmerman 1994). Die aktuelle Rangordnung der parlamentarischen Vertretung von Frauen bestätigt dieses Ergebnis erneut: Die drei Staaten, in denen die nationalen Volksvertretungen nach einem Mehrheitswahlrecht gewählt werden, nämlich Großbritannien, Irland und Frankreich, liegen mit ihren Frauenanteilen alle im unteren Bereich (vgl. Tabelle 1).

Der Grund für die geringeren Nominierungschancen von Frauen im Falle eines Mehrheitswahlrechts wird allgemein in der starken Personenorientierung gesehen. Im Unterschied zur Listenwahl muss sich die Wählerschaft bei der Mehrheitswahl für einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin im Wahlkreis direkt entscheiden. Nach wie vor bestehende Zweifel an der politischen Kompetenz von Frauen, aber auch der harte innerparteiliche Konkurrenzkampf um sichere Wahlkreise, mindern die Chancen von Frauen, überhaupt aufgestellt zu werden. Gleichwohl lässt sich auch ein Mehrheitswahlsystem frauenfreundlicher gestalten, beispielsweise durch die Vergabe von *sicheren* Wahlkreisen an Frauen; Voraussetzung ist allerdings der politische Wille, Frauen gleichberechtigt am politischen Prozess zu beteiligen. Fehlt dieser Wille, dann ist auch ein Verhältniswahlsystem kein Garant für eine hohe Präsenz von Frauen im Parlament. Zwar bieten Verhältniswahlsysteme den Vorzug einer Quotierung der Parteilisten zu Gunsten von Frauen, allerdings müssen diese Quoten einen relevanten Anteil fixieren, verbindlich sein und sich zudem explizit auf die aussichtsreichen Listenplätze beziehen. Diese Bedingungen aber werden in den europäischen Parteien längst nicht immer erfüllt; insofern führt diese Form der positiven Diskriminierung auch nicht automatisch zu einem hohen Frauenanteil im Parlament. Umgekehrt muss der Verzicht auf eine solche Regelung nicht gleichbedeutend sein mit einer nur marginalen Vertretung von Frauen, wie die Beispiele Finnland und Dänemark zeigen.

Dieser Überblick hat verdeutlicht, dass sich der höchst unterschiedliche Stand der politischen Partizipation bzw. Repräsentation von Frauen in Europa nicht monokausal erklären lässt; entscheidend ist vielmehr der jeweilige nationale Mix von kulturellen, institutionellen und sozialstrukturellen Einflussfaktoren. Gleichwohl erweist sich im Rahmen der vergleichenden Analyse die politische Kultur als der wichtigste Prädiktor für die Beteiligungschancen von Frauen. Staaten mit einer eher patriarchalen politischen Kultur stehen der politischen Gleichstellung von Frauen deutlich reservierter gegenüber als Staaten, deren Kultur egalitär geprägt ist.

Für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik auf nationaler wie europäischer Ebene liegt hier somit ein wichtiger Ansatzpunkt, nämlich zu einem Einstellungswandel beizutragen, und zwar bei Männern wie Frauen, der eine größere Aufgeschlossenheit für soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit impliziert. Während die Europäische Union die hohe Bedeutung einer gleichberechtigten politischen Beteiligung von Frauen für die Demokratie inzwischen erkannt hat, ist ihre Politik zur Förderung von Frauen in politischen Entscheidungspositionen dagegen bislang eher halbherzig und vorrangig symbolisch (Hoecker 2000; Mazur 2002:63ff). „Women's progress to positions of influence is disappointing", konstatiert selbst die EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou (2002) und beklagt das Fehlen signifikanter Fortschritte seit der Empfehlung des Rates von 1996 zur ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Führungspositionen.

2. Der Forschungsstand zu den osteuropäischen Beitrittsstaaten

In den osteuropäischen Gesellschaften haben seit 1989 tiefgreifende Veränderungen stattgefunden, die auch die Geschlechterverhältnisse im innersten Kern berühren. Die Verteilungsmechanismen von Macht, Einfluss und materiellen Gütern veränderten sich, das Verhältnis von Staat, Individuum und Nation wurde neu bestimmt. Die Anforderungen an eine demokratische Konsolidierung sind immens – neben konsistenten Institutionen und einer Verfassung gilt es, Repräsentationsmechanismen zu etablieren, sowie Demokratie als Wert und Handlungsleitlinie im politischen System und bei den Individuen zu verankern.

Die Konsolidierungsforschung hat seit den neunziger Jahren viel zu Institutionen und Verfassungen gearbeitet, häufig auch über den Zusammenhang mit Repräsentation vornehmlich durch Parteien. Zur Festigung demokratischer Einstellungen und demokratischer Legitimität wurden fast ausschließlich quantitative Umfragedaten verwendet. Zu politischem Verhalten wissen wir vergleichsweise am wenigsten. Da es ohne politische Beteiligung keine Demokratie gibt und durch tatsächliches politisches Handeln die neuen Institutionen gefestigt und anerkannt werden können, ist der Forschungsbedarf offensichtlich.

Der Mainstream der Osteuropaforschung hat sich bisher nur wenig von ihrer geschlechtersensiblen Forschungsrichtung inspirieren lassen. Frauen als Handelnde tauchen kaum, Frauen als Opfer selten in der Transformationsforschung auf. Dabei kann ein Einbezug von Geschlechterverhältnissen in Forschungsfelder und Fragestellungen zentrale Einsichten in gesellschaftliche Transformationsprozesse (politische Entscheidungen, soziale Verteilungsmechanismen, kulturelle Muster) vermitteln. In den vor allem bearbeiteten politischen Institutionen und Eliten sind Frauen als Akteurinnen systematisch

unterrepräsentiert und stellen vorgeblich keinen relevanten Forschungsgegenstand dar. Im neuen Forschungszweig wiederholt sich so die Vernachlässigung der Geschlechterverhältnisse durch die Disziplin. Frauen sind nicht automatisch Opfer, wie dies viele Studien zu den unterschiedlichen Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten suggerieren. „Marginalisierung in der institutionellen Politik ist nicht Stimmlosigkeit, Bedrohung von Rechten nicht Rechtlosigkeit, soziale Marginalisierung nicht automatisch Wehrlosigkeit" (Lemke 1996: 17).

Konkret stellen sich die Entwicklungen nach 1989 häufig als Rückschlag dar. Zivile und soziale Rechte von Frauen wurden vielfach beschnitten, ihre politische Repräsentation in Parlamenten sank. Viele politische Konflikte in der Transformation kreisen um das Verhältnis von Staat, Markt, Individuum und Familie, das bei der Transformation des Wohlfahrtsstaats neu bestimmt werden muss. Die paternalistisch-bevormundende Daseinsvorsorge hat ausgedient, der liberale Gegenentwurf des autonomen Individuums wird aber nicht automatisch an deren Stelle gesetzt. – Die ehemals ideologisch dominierte Öffentlichkeit wird Ort tatsächlicher Auseinandersetzungen und Machtentscheidungen, durch Meinungs- und Vereinigungsfreiheit expandiert dieser Raum beträchtlich. Welche Rolle und Bedeutung haben Frauen in der veränderten, pluralisierten Öffentlichkeit, wie und in welchem Ausmaß organisieren sie sich für ihre Interessen?

Über politische Partizipation in den Transformationsstaaten, außer Wahlbeteiligung und durch Selbstauskünfte bei Umfragen, wissen wir relativ wenig. So erstaunt es nicht, dass auch für die politische Beteiligung von Frauen ein analytischer Überblick fehlt, der es erlauben würde, erste vergleichende Schlüsse zu ziehen. Für die Frage nach politischer Beteiligung von Frauen sind wir auf Forschungsergebnisse zu Wahlen, Parteien, politischen Konfliktlinien und politischer Kultur angewiesen und können auf einen Fundus an Untersuchungen zur sozialen, politischen und ökonomischen Situation von Frauen zurückgreifen.

Gehen wir vom sozio-ökonomischen Standardmodell politischer Beteiligung aus, so müssten die Aussichten für die Beteiligung von Frauen an der Politik in den osteuropäischen Staaten gut sein: Erwerbsquoten, Bildung und Ausbildung von Frauen stiegen im Realsozialismus an und bleiben auch danach auf hohem Niveau. Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern sind frappant, aber nicht in allen Ländern sind Frauen auch überdurchschnittlich arbeitslos. Je südlicher man allerdings geht bzw. je agrarischer geprägt die Gesellschaften sind, desto niedriger fällt auch der sozio-ökonomische Status von Frauen aus und eine desto niedrigere Partizipation ist zu erwarten.

Während die realsozialistischen Schein-Wahlen formal nach Majorz-Verfahren durchgeführt wurden, haben sich in den neunziger Jahren reine Proporz- oder gemischte Wahlsysteme verbreitet (vgl. Nohlen 2000: 218-232). Es wird vor allem in Mehrpersonen-Wahlkreisen gewählt, und teilweise bestehen Präferenzstimmenregelungen. Dieser Zuschnitt hat sich in westli-

chen Demokratien als grundsätzlich förderlich für die Frauenrepräsentation in Parlamenten erwiesen, doch scheinen Osteuropäerinnen davon viel weniger stark oder gar nicht profitieren zu können (Moser 2001). Die Länderbeiträge können mögliche Gründe offenbaren.

Die Parteien als wesentliche Akteure im politischen System haben in Osteuropa eine dynamische Entwicklung hinter sich, wobei die extreme Instabilität der Anfangsjahre überwunden scheint. Doch ist die Parteienfragmentierung deutlich größer als in westeuropäischen Staaten. Langsam bilden sich in den Parteiensystemen grundsätzliche *cleavage*-Strukturen heraus. Zu den wichtigsten gehören die zwischen Ancien Régime und Reformern, zwischen Marktliberalismus und staatlichem Interventionismus sowie zwischen Zentrum und Peripherie. Auch Konfliktlinien zwischen Klerikalismus und Säkularismus sind in einigen Ländern stark (beispielsweise Polen), und es bestehen ethnisch-linguistische *cleavages*. Die Skepsis gegenüber Parteien ist relativ groß, was auch auf die Erfahrung mit dem Einparteiensystem zurückzuführen ist. Die ökonomische Situation erschwert manchmal politisches Engagement. Die Mitgliederzahlen sind relativ klein, die lokale Verankerung ist eher schwach und darum sind der Eliten-*Bias* und die Abhängigkeit von Führungspersönlichkeiten in der osteuropäischen Parteienlandschaft recht stark.[5] Diese Gestalt dürfte erhebliche Auswirkungen auf die politischen Rekrutierungsmuster in den Parteien haben, über die allerdings kaum etwas bekannt ist.[6] Zu vermuten ist, dass informelle Parteistrukturen bis hin zu klientelistischen Netzen, das große Gewicht von Parteiführern, patriarchale Einstellungen und das Erbe des Demokratischen Zentralismus schlechte Voraussetzungen für einen transparenten und formalen Nominationsprozess darstellen. Pippa Norris (2000 [1993]) hat herausgearbeitet, dass formal-dezentralisierte Rekrutierungsmuster in Parteien die besten Voraussetzungen für die Nominierung von Kandidatinnen bieten, vor allem dann, wenn sie mit Mechanismen positiver Diskriminierung (sprich: Quoten) und nicht nur positiven Aktionen oder symbolischen Bekenntnissen verknüpft sind. Auch die hohe Fragmentierung könnte bewirken, dass vor allem Männer auf den wenigen aussichtsreichen Listenplätzen aufgestellt werden.

Hinsichtlich der politischen Kultur existieren vor allem Untersuchungen, die auf Umfrageergebnissen beruhen (z.B. Plasser/Ulram/Waldrauch 1997). Sie zeigen eine recht langsame Stabilisierung demokratischer Einstellungen und des Vertrauens in politische Institutionen in Osteuropa, wobei die genaueren Zusammenhänge unklar bleiben müssen. In diesen Staaten besteht auch ein mehr oder weniger virulenter Staats-Gesellschafts-Antagonismus, der sich in Entfremdung und Distanz zu staatlichen Institutionen äußert, während sich Traditionen gesellschaftlicher Selbstorganisation langsam in Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Aktivierung umwandeln. Insgesamt kann vorab für die politische Kultur der untersuchten Länder eine starke patriarchale bzw. paternalistische, inegalitäre Struktur angenommen werden – je weiter südlich und je katholischer, desto stärker dürfte die Tendenz sein. Konservative Gesellschaftmodelle sind weit verbreitet.

5 Zu Parteien und Parteiensystemen vgl. Kitschelt et al. 1999, Lewis 2000, Segert et al. 1997.

6 Vgl. aber Spurek 2002 für die letzten Parlamentswahlen in Polen und Legutke 2001 für russische Parteien.

Wenn sich auch schwache Zusammenhänge zwischen individueller politischer Entfremdung und Unterstützung unverfasster Protestformen statistisch feststellen lassen (z.B. Pickel/Pickel 2000), so kamen die wenigen bisherigen Forschungen (Lemke 1997, Ekiert/Kubik 1998) zu Protesten in Transformationsgesellschaften doch zum Schluss, dass diese v.a. systemimmanent, organisiert und gewaltfrei abliefen und innerhalb weniger Jahre zu einem „Routinemodus" der Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft geworden sind. Ob sich Frauen tatsächlich eher an den unkonventionellen Formen beteiligen, wie von der Partizipationsforschung festgestellt, ist für die Beitrittsstaaten eine brennende, aber offene Frage. Im Verlaufe der neunziger Jahre ist eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten zur Lage der Frauen in Osteuropa erschienen. Sammelbände und Aufsätze zu Frauengruppen, feministischen Ansätzen und weiblichen Protesten formulierten quasi die Gegenthese zum Pessimismus über den ausbleibenden Feminismus und stellen Grundlagen für einen vergleichenden Blick auf die Entstehungsbedingungen weiblicher politischer Aktivierung dar.[7] Eine weitere Gruppe von Einzelfallstudien beschäftigt sich mit den Bedingungen und Entwicklungen verfasster politischer Partizipation von Frauen.[8] Andere Studien und Expertisen erlauben es, die Veränderung der sozialen und ökonomischen Position von Frauen in Osteuropa nachzuvollziehen.[9] In Monographien empirisch aufgearbeitet sind im Wesentlichen erst die Frauenbewegungen in Russland und in Polen.[10]

3. Aufbau der Länderkapitel

Die einzelnen Länderstudien sind nach einem einheitlichen Muster verfasst worden, das an den ersten Band über die weibliche Partizipation in den Mitgliedstaaten anknüpft. In welchem Maße sind Frauen einerseits in der Politik repräsentiert und welches sind die Gründe für die marginale politische Partizipation und Vertretung andererseits? Die Entwicklung der weiblichen institutionellen Partizipation wird in Parteien, Parlamenten und Regierungen der jeweiligen Länder aufgezeigt. Der folgende Abschnitte widmen sich den Erklärungsfaktoren für die Situation, wie sie die Forschung herausgearbeitet hat: Welchen Einfluss haben politische Kultur, die Sozialstruktur und die In-

7 Neuere Arbeiten: Chowdhury/Nelson 1994, Kreisky/Neyer 1996, Lemke/Penrose 1996.

8 Neuere Überblicke: Rueschemeyer 19982, Ramet 1999, Jaluši/Anti/Vukovi 2001.

9 Ein beträchtlicher Teil davon ist von internationalen Organisationen in Auftrag gegeben worden, vgl. Unicef 1999 und International Helsinki Foundation 2000.

10 Neuere deutschsprachige Arbeiten: Godel 2002, Hinterhuber 1999, Fuchs 2003.

stitutionen wie Wahl- und Parteiensystem? Zusätzlich wurde ein Abschnitt zu den Perspektiven für die gleichberechtigte Partizipation und die Gleichstellung durch den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen. Die Autorinnen zeigen auf, welche Hoffnungen mit dem Beitritt verknüpft werden und mit welchen institutionellen Mechanismen sich die Anpassung an den „gender acquis" gestaltet.

Literatur

Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in 5 Nations, Princeton (New Jersey).

Bergqvist, Christina u.a. (Hrsg.) (1999): Equal Democracies? Gender and Politics in the Nordic Countries, Oslo.

Chowdhury, Najma/Nelson, Barbara J. (Hrsg.) (1994): Women and Politics Worldwide. – New Haven CT.

Diamantopoulou, Anna (2002): http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/news/positions_de.htm, verfügbar am 02.06.2002.

Dieringer, Jürgen (2000): Parteien und Parteiensysteme in Mittel- und Osteuropa. Zum Stand der demokratischen Entwicklung zehn Jahre nach dem Systemumbruch, in: Gegenwartskunde, Heft 1/2000, S. 111-131.

Ekiert, Grzegorz/Kubik, Jan (1998): Contentious Politics in New Democracies: Eastern Germany, Hungary, Poland and Slovakia 1989-1993, in: World Politics 50, No. 4 (1998), 547-581.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1999): Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union. Jahresbericht 1998, Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2002): Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union. Jahresbericht 2001, Luxemburg.

Femina politica (2002): Geschlechterdemokratie, 11. Jg., Heft 2/2002, Berlin.

Fuchs, Gesine (2000): Feministische Partizipationsforschung, in: Kathrin Braun/Gesine Fuchs/Christiane Lemke/Katrin Töns: Feministische Perspektiven in der Politikwissenschaft, München/Wien, S. 254-268.

Fuchs, Gesine (2003): Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess. Frankfurt/M.

Godel, Brigitta (2002) Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: Frauenbewegung und Wertewandel in Russland. – Frankfurt/M.

Hinterhuber, Eva-Maria (1999): Die Soldatenmütter Sankt Petersburg. Zwischen Neotraditionalismus und neuer Widerständigkeit. – Münster.

Hoecker, Beate (Hrsg.) (1998): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Band 1, Opladen.

Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik, Opladen.

Hoecker, Beate (2000): Geschlechterdemokratie im europäischen Kontext. Die Konzepte der Europäischen Union zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 31-32/2000, S. 30-38.

Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen.

International Helsinki Foundation for Human Rights Women (2000): An Investigation into the Status of Women's Rights in Central and South-Eastern Europe and the Newly Independent States. – Vienna.

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen.

Jalušič Vlasta/Antić, Milica G./Vuković, Olga (2001): Ženske, politike, možnosti: perspektive enakih možnosti w srednji in vzhodni Evropi / Women, politics, equal opportunities [Frauen, Politik, Chancen: Perspektiven der Chancengleichkeit in Mittel- und Osteuropa]. – Ljubljana.

Kaase, Max (1992): Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch, Opladen, S. 145-160.

Kitschelt, Herbert;/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw/Tóka, Gábor: (1999): Post-Communist Party Systems. Competition, Representation and Inter-Party Cooperation. – Cambridge.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991): Frauen und Männer im Europa der Gegenwart. Ihre Einstellungen zu Europa und zur Politik, Bericht Nr. 35, Brüssel.

Kreile, Michael (1999): Die Osterweiterung der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Bonn, S. 802-822.

Kreisky, Eva/Neyer, Gerda (Hrsg.) (1996): Vom patriarchalen Staatsozialismus zur patriarchalen Demokratie. – Wien.

Legutke, Annette (2001): Die Organisation der Parteien in Russland. – Wiesbaden.

Lemke, Christiane (1997): Nachholende Mobilisierung. Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/1997, S. 29-37.

Lemke, Christiane (1996): Frauen und Politik in den Transformationsprozessen Osteuropas, in: Lemke, Christiane; Penrose, Virginia; Ruppert, Uta; (Hrsg.): Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa, Frankfurt/M. S. 15-33.

Lemke, Christiane/Penrose, Virginia/Ruppert, Uta; (Hrsg.) (1996): Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa, Frankfurt/M.

Lewis, Paul G (2000).: Political Parties in Post-Communist Eastern Europe. – London.

Linz, Juan L./Stepan, Alfred (1996): Problems of democratic transition and consolidation: southern Europe, South America, and post-communist Europe. – Baltimore.

Mazur, Amy (2002): Theorizing Feminist Policy, New York.

Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. – Opladen.

Moser, R. G. (2001): The effects of electoral systems on women's representation in post-communist states, in: Electoral Studies 20, No. 3 (2001), S. 353-369.

Nohlen, Dieter (2000): Wahlrecht und Parteiensystem. – Opladen.

Norris, Pippa (2000/1993): Conclusions: Comparing Legislative Recruitment, in: Joni Lovenduski/Pippa Norris (Hrsg.): Gender and Party Politics, London, S. 309-330. (Eine deutsche Übersetzung dieses Beitrags ist abgedruckt in: Kathrin Braun/Gesine Fuchs/Christiane Lemke/Katrin Töns (Hrsg.) (2000): Feministische Perspektiven in der Politikwissenschaft, München/Wien, S. 269-292).

Pfarr, Heide (2002): Frauenerwerbstätigkeit im europäischen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 46-47/2002, S. 32-35.

Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2000): Politische Partizipation und politische Einstellungen der ost-europäischen Transitionsstaaten im Vergleich. Arbeitspapier 04/00 des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien – Frankfurt/Oder, 2000.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Waldrauch, Harald (1997): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung. – Opladen.

Ramet, Sabrina P. (Hrsg.) (1999): Gender Politics in the Western Balkans – Women, Society and Politics in Yugoslavia and the Yugoslavian successor states, University Park: Pennysylvania.

Rueschemeyer, Marilyn (Hrsg.) (1998): Women in the Politics of Postcommunist Eastern Europe. – Armonk; New York, 2. Auflage.
Rule, Wilma/Joseph F. Zimmerman (Hrsg.) (1994): Electoral Systems. Their impact on minorities and women, Westport.
Rule, Wilma (1994): Parliaments of, by and for the people: except for women?, in: Rule, Wilma; Zimmerman, Joseph F. (Hrsg.): Electoral Systems in Comparative Perspective. Their Impact on Women and Minorities, Westport: Greenwood Press, S. 15-30.
Sauer, Birgit (1997): „Normale" Männlichkeit. Der Beitrag der Transformationsforschung zum Erhalt geschlechtsblinder Paradigma in der Politikwissenschaft, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hrg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt/New York, S. 214-253.
Segert, Dieter/Stöss, Richard/Niedermeier, Oskar (Hrsg.) (1997): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. – Wiesbaden.
Spurek, Sylwia (2002): Women, Parties, Elections. – Łódź.
Unicef: Women in Transition – a summary. – Firenze, 1999.
Verba, Sidney/Nie, Norman (1972): Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York.

Tiina Raitviir, Külli-Riin Tigasson

Estnische Frauen und Männer auf dem Weg in eine gleichberechtigte Gesellschaft: die Beteiligung an der Politik

In diesem Beitrag wird die Beteiligung von Frauen an der estnischen Politik beschrieben und nach Gründen für den jetzigen Stand der Repräsentation geforscht. Welche Maßnahmen hat der Staat bisher ergriffen und welche sind geplant, um die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen? Welche Prozesse sind in Zukunft zu erwarten? Um diese Aspekte der Beteiligung von Frauen an der Politik zu verdeutlichen, wird u.a. ein Überblick über das estnische Parteiensystem gegeben.

1. Die Entwicklung der institutionellen politischen Beteiligung von Frauen – statistischer Überblick

1.1 Die Parteien

Viele Autoren, sowohl Wissenschaftler als auch Politiker selbst, haben darauf verwiesen, dass das politische System Estlands kaum auf der Basis von „westlichen ideologischen Narrativen" beschrieben werden kann. Es wird oft behauptet, dass die traditionellen Rechts- und Links-Achsen hierzulande nicht gelten, die estnischen Parteien seien im Unterschied zu West- und Nord-Europa mehr gesellschaftliche Führer bzw. um Einzelpersonen als um die Ideen und Ideologien gruppiert (vgl. Grofman/Mikkel/Taagepera 2000: 329-357; Pettai/Kreuzer 1999: 148-189).

Als Grundmerkmale des estnischen Parteiensystems gelten seine „Kaleidoskopartigkeit" und seine „Unfertigkeit". Die politischen Parteien des wieder unabhängigen Estlands wurden in einem gewissen ideologischen „Vakuum" geboren: Die im Einparteiensystem herrschende Kommunistische Partei war zusammengebrochen, und Estland verfügte während seiner Zugehörigkeit zur Sowjetunion kaum über eigene autonome politische Institutionen. Westliche politische Parteien entstanden aus gesellschaftlichen Entwicklungen und sozialen Organisationen, wie z. B. aus Gewerkschaften, religiösen Gruppen oder Klassenkonflikten. Als Anfang der 1990er Jahre die Mehrzahl